

Langfristig buchbare Kurzzeitpflegeplätze: Im Kreis Unna demnächst Mangelware

Alte und hilfebedürftige Menschen sollen so lange wie möglich in der vertrauten Umgebung leben können. Der Kreis setzt deshalb seit langem auf „ambulant vor stationär“. Allerdings: Solitäre Kurzzeitpflegeplätze fehlen in der Region und der Kreis kann selbst nicht gegensteuern.

Deshalb wurde Landrat Michael Makiolla vom Kreistag in der Juni-Sitzung beauftragt, sich gegenüber den Bundestagsabgeordneten der Region – und damit dem Bundestag als Gesetzgeber – zumindest für eine bessere finanzielle Absicherung dieses Angebotes über die Pflegekassen einzusetzen.

Viele Pflegeheime haben sogenannte „eingestreute“ Kurzzeitpflegeplätze. Hier können Pflegebedürftige z. B. nach Ende eines Krankenhausaufenthaltes und vor Rückkehr in die heimischen vier Wände übergangsweise für einige Wochen gepflegt und betreut werden. Vorteil: Der Mix zwischen kurzfristig buchbarer Kurzzeitpflege und regulären dauerhaft genutzten Heimplätzen lässt sich für die Einrichtungen besser finanziell austarieren.

Anders sieht das bei Einrichtungen der solitären Kurzzeitpflege aus. Sie bieten als Einzige auch langfristig zu buchende Plätze z. B. für den Fall an, dass die betreuende Familie in Urlaub fahren möchte. Das bedeutet erfahrungsgemäß: In den Ferien ist Hochsaison, außerhalb gibt es bei fortlaufenden Kosten eine geringe Nachfrage. Dies wiederum führt seit Jahren zu finanziellen Problemen der Einrichtungen

mit dem Ergebnis, dass sie Plätze abbauen – und dann zu Hochzeiten die Nachfrage nicht befriedigen können – oder sogar ganz streichen.

Genau dies steht in Selm an. Dort schließt die Caritas die Kurzzeitpflege St. Elisabeth mit 26 Plätzen zum 31. August. Damit stehen kreisweit nur noch 35 langfristig buchbare Plätze zur Verfügung.

Zu wenig, wie der Kreistag einstimmig befand und nun auf dem Wege des eindringlichen Appells in Richtung Bund auf gesetzliche Änderungen bei der Pflegeversicherung und vor allem bei den Finanzierungsmodalitäten hofft.

Für Hans Zakel, den Sozialplaner des Kreises, ist klar: „Bei einer wachsenden Zahl von pflegebedürftigen Menschen müssen die pflegenden Angehörigen so viel wie möglich entlastet werden. Geschieht dies nicht, wird die Zahl der Pflegeheimbewohner noch massiver steigen.“